

Bei dieser Rede frage ich mich – abgesehen von ein paar instruktiven Hinweisen auf Kostensteigerungen und Gutachten -, was sie mit dem Haushalt und dessen aktuellen Problemen zu tun hat. Bei den Dezernatszuständigkeiten fehlt auch hier das Zielwasser.

Wenn man als Redner einer Kleinfraktion in der Haushaltsdebatte ans Rednerpult kommt, ist eigentlich schon das Meiste gesagt. Das hat den Vorteil, ich kann mich relativ kurzfassen. In Corona-Zeiten müssen wir sicher noch vieles im Haushalt nachregulieren. Das heißt, wir gehen vermutlich mit vielen Unbekannten in das Haushaltsjahr 2021. Deshalb ist es auch gut, wenn wir den Haushalt **nur für ein Jahr verabschieden**. Wir halten es für unmöglich, den ganzen Entwurf abzuarbeiten, daher werde ich mich auf einige, wenige Positionen beschränken.

Einnahmen

Im Stadtamt 32 (Ordnungsamt) können wir nur die Stellenanhebung im geh. Dienst in der Verkehrsabteilung im Haushaltsplanentwurf erkennen. Es stellt sich für uns die Frage, warum wir nicht im ruhenden Verkehr und der angepassten Gebührenordnung für Umweltverstöße zusätzliches Personal bekommen. Nicht die Parksünder im Innenstadtbereich (Zeitüberschreitungen), sondern die Halte- und **Parksünder in den Außenbezirken** (Stadtteilen) verursachen große Probleme. Verstöße gegen Corona-Verordnungen könnten noch effektiver kontrolliert werden. Laut unseren Informationen haben sich hier gewaltige Überstundenzeiten aufgebaut. Eine personelle Anpassung, ggf. zeitlich begrenzte Umbesetzungen im Amt, wären zu prüfen (**Mehr Dauerstellen statt Überstunden? Personelle Mehrkosten?**).

Baudezernat

Hier wiederholen sich die seit Jahren bekannten Defizite (**Seit Jahren bekannt! Aber was heißt das für den Haushalt? Sind die 14 neuen Ingenieurstellen im Baudezernat gerechtfertigt?**):

- Viel **zu lange Bearbeitungszeiten** bei Bauanträgen (Verzögerungen von 9-12 Monate sind nicht ungewöhnlich, Boni wartet seit 1 ½ Jahren auf eine Umbaugenehmigung)
- Schlechte und ineffektive Vermarktung städtischer Flächen (Halde Annen) (**Die Flächenvermarktung ist keine Angelegenheit des Baudezernats mehr, sondern des Dezernats 1/Amt für Bodenmanagement und Wirtschaftsförderung**)
- Verzögerte Abrechnung städtischer Dienstleistungen (z.B. Bestattungsgebühren/(**Nicht das Baudezernat, sondern das Dezernat 2 ist für Bestattungsgebühren zuständig**)). Die Liste ist sicherlich noch nicht erschöpft.

Ausgaben

Die Kosten im Sozialbereich steigen ständig. Hier sind Land und Bund deutlich mehr in der Pflicht als die völlig überschuldeten Kommunen (**Nicht alle Kommunen sind so völlig überschuldet wie Witten!**). Letztlich müssen diese Kosten von der Stadt aufgebracht werden. Corona hat gezeigt, dass Wittener Kultur von den Bürgern und Bürgerinnen immer sehr gut angenommen wurde. Die Ausgaben sind bei einer Kostendeckelung derzeit durchaus angemessen.

Soziale Brennpunkte müssen aus Sicherheitsaspekten stärker in den Fokus gesehen werden.

Streetworker allein werden die Probleme nicht lösen (**Der Erfolg von Streetworking sollte überprüft werden. Sieh dazu mein Beitrag „Mit Streetwork gegen Konflikte und Vandalismus?“/29.1.21**).

Hier ist deutlich mehr Exekutivprävention notwendig (**Wie soll sich das personell darstellen?**).

Bei unseren Schulen und Kitas wurden jahrzehntelange Versäumnisse und Einsparungen durch Corona gnadenlos aufgedeckt (**Die waren auch schon vor Corona bekannt!**).

- Schlechte Bausubstanz an vielen Schulen
- Völlig veraltetes Raumkonzept
- Fehlende, zeitgemäße Infrastruktur (Breitbandausbau, EDV u.v.m.)

Die **Kostenkalkulation notwendiger Baumaßnahmen verteuert** die jeweiligen Projekte in unkalkulierbare Summen (**Das ist instruktiv**).

- Hüllbergschule: veranschlagt 3,5 Mio. €, Nachschlag 350.000 €
- Holzkampfschule: veranschlagt 1,5 Mio. €, Nachschlag 150 000 €, wobei das Baugerüst unbenutzt seit sieben Monaten die Dreifachturnhalle verschönert.
- AMG: Unklarheiten bei Fördermitteln in derzeit noch nicht bekannter Höhe
- Rathaussanierung: bisher ca. 6 Mio. € Mehrkosten
- Pferdebachstr.: Offene Rechtsstreite mit der ausführenden Firma. Derzeit mit zu erwartenden Mehrkosten in mehrfacher Millionenhöhe.

Zu **viele und zu teure Gutachten** (Beispiel: bisher mind. vier externe Verkehrsgutachten am Knotenpunkt Annen) Allein diese Aufzählung ergibt Mehrkosten von ca. 15 - 17 Mio.€. Die Liste kann noch viel weitergeführt werden (**Aus instruktiv**).

Vieles ist darauf zurückzuführen, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist, mit eigenem hochqualifizierten Fachpersonal die Vorplanung so auszuführen, dass es nicht zu diesen **unkalkulierbaren Kostenexplosionen** kommt (**Also dann zusätzliche Dauerstellen?**). Die Liste von Einsparmöglichkeiten ist sicher noch länger als hier dargestellt.

Die Vielzahl von Haushaltsanträgen der Fraktionen zeigt, dass bei einigen nicht klar ist, dass wir eine HSK-Kommune sind, die Corona-Situation hier sicherlich ausgenommen werden muss und durchaus mit Fördertöpfen (**Fördertöpfe sind Steuergelder und/oder Schulden bei Bund und Land!**) zu rechnen ist.

Bei SPD, Grünen und Piraten hat es den Anschein, dass Witten **im Schnellschuss zur Radfahrerstadt mutieren** soll. Parkgebühren in Corona-Zeiten, wie von den Piraten gefordert zu erhöhen und verstärkt auf ÖPNV und Rad zusetzen, ist völlig unangemessen. Die Parkgebühren für einen überschaubaren Zeitraum wegfallen zu lassen, wäre ein deutliches Zeichen an die noch in Witten verbliebenen Geschäftsleute (**Der Wegfall von Parkgebühren dürfte den Einzelhandel nach Corona wohl kaum beleben. Im übrigen würde der Wegfall ein Loch im Haushalt verursachen**).

Es wäre schön, wenn die Linken endlich einmal akzeptieren könnten, dass die **Forderung einer Millionärsteuer** ausschließlich Bundessache ist. Auch diese Liste kann noch beliebig fortgesetzt werden.